

A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)
– Drucksache 17/11191 –

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11191** – vom 30. Januar 2020 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen sind in den vergangenen zehn Jahren im Ausland erworbene Berufsabschlüsse von Spätaussiedlern anerkannt worden (bitte aufgelistet nach Jahren, Herkunftsländern und Berufsgruppen)?
2. In wie vielen Fällen sind diese trotz Antrag auf Anerkennung nicht anerkannt worden?
3. In wie vielen Fällen sind in den vergangenen zehn Jahren im Ausland erworbene Hochschulabschlüsse von Spätaussiedlern anerkannt worden (bitte aufgelistet nach Jahren, Herkunftsländern und Berufsgruppen)?
4. In wie vielen Fällen sind diese trotz Antrag auf Anerkennung nicht anerkannt worden?
5. Was sind die Hauptgründe für eine Nicht-Anerkennung?
6. Inwiefern stehen Angebote für zusätzliche Qualifikationen zur Verfügung, mit denen dann im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse anerkannt werden können?
7. In wie vielen Fällen wurde davon in den vergangenen zehn Jahren jeweils Gebrauch gemacht?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. Februar 2020 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 5:

Informationen über die Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen und akademischen Abschlüsse von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern sind statistisch nicht erfasst bzw. lassen sich nicht aus vorhandenen Statistiken ableiten.

Zu Frage 6:

Es werden durch verschiedene Institutionen, z. B. das IQ-Netzwerk Rheinland-Pfalz, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern oder Hochschulen, Anpassungsqualifikationen angeboten. Darüber hinaus werden individuelle Anpassungslehrgänge (betrieblich, überbetrieblich oder in Kliniken) angeboten.

Zu Frage 7:

Da es mangels gesetzlicher Grundlage keine einheitliche Erfassung der Inanspruchnahme der Qualifizierungsangebote gibt, liegen valide Daten über die Höhe der Inanspruchnahme in den vergangenen zehn Jahren nicht vor.

Dr. Volker Wissing
Staatsminister